

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonntage
und Festtage.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
1 Thlr. Preuss. Cour.

Expedition:
Krantmarkt Nr. 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redacteur: A. H. C. Effenbart.

No. 223. Donnerstag, den 2. November 1848.

Deutschland.

Berlin, 31. Oktober. (90ste Sitzung der National-Versammlung.)
Vorsitzender: von Unruh. Das Protokoll wird ohne Erinnerung angenommen. Der Abgeordnete Walter (Pomm.) hat ein Sondervotum eingebracht. Ueber den Satz des Art. 4: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich“ nur zu sprechen, verleihe ein geistiges Armuthszengniß, hatte gestern der Abgeordnete Mäze bemerkt. Hauptsächlich gegen diese Behauptung richtet sich jenes Sondervotum des Abgeordneten Walter. Man schreibt hierauf zur Tagesordnung. Die Ueberschrift zu Titel 1. der Verfassung „Vom Staatsgebiete“, so wie Art. 2 werden zum zweitenmale verlesen und einstimmig angenommen. — Ueber den Vorschlag des Abgeordneten Niel: Statt des zweiten Absatzes in Artikel 4 zu setzen: „Es giebt im Staate weder einen besonderen Adel-, Bürger- oder Bauernstand noch sonst Standesunterschiede oder Standesvorrechte.“ Demnachst hinzuzufügen: „Adelstitel dürfen weder verliehen noch aberkannt werden“, wird von den Abgeordneten Jonas und Moriz Namensaufruf verlangt. Die Stimmen sind im Ganzen sehr vertheilt. Linke und linkes Centrum, so wie ein Theil des Centrums (Wachsmuth) stimmen meistens mit nein, Rechte und rechtes Centrum, zum größten Theil mit ja. Ein Abgeordneter (von Unruh) enthielt sich der Abstimmung. Das Ergebnis ist: 144 mit ja, 208 mit nein, 1 enthielt sich der Abstimmung, 49 fehlten. Der Vorschlag des Abgeordneten Niel ist mithin verworfen. Dasselbe geschieht hinsichtlich der Walterschen Fassung. Die Frage lautet nun: Soll es heißen in Art. 4: „Es giebt im Staate keine Standesunterschiede?“ Sie wird fast einstimmig angenommen. Ebenso der Satz: „Keine Vorrechte“. Ueber die weitere Fassung des Abgeordneten Behrends: „Der Adel ist abgeschafft“, wird wiederum der Namensaufruf beantragt. Mit ja stimmen: Riobassa, Piffetti, Moriz, Graf Reichenbach, Robertus, Riedel (Schulze), Temme, Uhlisch, Waldeck, Weichsel, Balzer, Bauer (Krotoschin), Behrends, v'Esler, Dierschke. Mit nein: Kühlwetter, Kühnemann, Knoblauch, Märker, v. Meusebach, Wilde, v. Reichmeister, Schulze (Minden), Tannau, Zacharia, v. Auerwald (Frankfurt), Bornemann, Dunker, v. Daniels, Jonas (Berlin). Das Ergebnis ist: Es stimmten mit ja 200, mit nein 153, der Abstimmung enthielten sich 2, es fehlten 47 Abgeordnete. Die Fassung Behrends ist mithin angenommen und Art. 4 lautet:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es giebt im Staate weder Standes-Unterschiede noch Standes-Vorrechte. Der Adel ist abgeschafft.“

Der Zusatz der Abgeordneten Matthäi und Vorchardt:

„Der Gebrauch adliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden ist untersagt“ —

wurde gleichfalls angenommen. Bei dem Namensaufruf, der hier von Neuem verlangt wurde, stimmen mit Nein: Auerwald (Frankfurt), Pfuel, Brünneck, Daniels, Dunker, Jonas, Kühlwetter. Mit Ja: Reichenbach, Schell, Behrends, Berg, Cieszkowski, v'Esler. Der Abgeordn. Dane enthielt sich der Abstimmung, weil diese Bestimmungen nicht in die Verfassungs-Urkunde gehörten. Das Zahlenverhältnis ist, wie verkündet wird: Ja 208, Nein 150, es enthielten sich 7, es fehlten 72. — Es wurden hierauf die Einleitungsworte:

„Wir, Friedrich Wilhelm, König von Preußen, verkünden hiermit die von den Vertretern des Volkes mit uns durch Vereinbarung festgestellte Verfassung“,

zum zweitenmal verlesen, und mit sehr großer Mehrheit angenommen. Nach diesen Abstimmungen fährt die Versammlung in den Verhandlungen über die Zusatzvorschläge fort. — Der Abgeordnete Jung für seinen Vorschlag, alle Titel und Orden abzuschaffen: Einen sittlichen Eindruck mache ein mit Orden bedeckter Mann nicht, höchstens erzeuge er Spott oder Neid. Nun gebe es zwar auch Orden, welche nicht blos Verbindungen mit dem Hofe, sondern wirklichen Verdienst anzeigen. Doch hier werde eben das Verdienst nicht berücksichtigt. Die Verleihungen geschehen nach der Anciennetät und gewissen Rathschläffen, an Leute, die vielleicht niemals das Wort „Vaterland“ in den Mund nehmen, z. B. an Kommerzienräthe, die fleißig Dinners geben u. s. w. Eine weitere Klasse seien die adligen Orden. Selbst den Einennatusorden habe man in Nordamerika verschmäht. Sogar von dem Vereinbarungsstandpunkte aus seien die Orden nicht anzuerkennen. —

Der Minister des Innern: Die Bestimmung der Orden ist, das Verdienst anzuerkennen in allen Ständen. Es ist dies eine Attribution der Krone, die von der Verfassungs-Kommission anerkannt worden ist. Der Mißbrauch der Orden wird in Zukunft nicht stattfinden. Es wird Niemand durch die Anwendung der Ordens-Prärogative ein Unrecht geschehen. Wir haben Orden, die viele ausgezeichnete Männer der Nation geschmückt haben, Orden, die von alter Zeit her zur Aufmunterung der

Erwerbung von Verdiensten gewirkt haben. Ich denke, Sie lassen es dabei! Parrisius: Frankreich war unter Ludwig Philipp keine demokratische Monarchie, wie ein Redner gesagt hat. Schramm: Und ebenso wenig ist die jetzige Republik in Frankreich eine demokratische Verfassung. — Im ganzen Land hat man sich gewundert, daß nach der Revolution noch so viel Orden erteilt wurden. — Auch die Doctor-Titel sollte man abschaffen; wir sind hier, alle Votzbeuteleien abzuschaffen. Triumphe lasse ich gelten; die schlechte man doch nicht nachher mit sich herum. Der Titel vir consularis war eine römische Votzbeutelei. Auch unsere Minister, wenn sie es nicht mehr sind, nehmen es nicht übel, wenn ihre Kollegen in der Versammlung sie Excellenzen nennen. (Lachen.) Baumstark: Doktor ist kein Titel, sondern eine Würde. Schulz (Minden): Scipio Africanus trug seinen Titel mit sich herum. Pieper (Aufmerksamkeit): Ich bin für die Orden. Ich bin in einer Stadt gewesen, wo 1813 die Freiwilligen ausgingen; da hieß es: todt oder mit einem Orden! Man kann also mit einem Orden den Staat retten. Oh! auf der Seite (auf die Linke zeigend) sitzt Mancher, der gern einen Orden haben möchte. (Unendliches Gelächter.) Manchmal rettet Einer Menschenleben, nur um einen Orden zu bekommen. Und nun sagen Sie mal! Da wollen Sie den Todten ein Moment setzen, ist das nicht auch ein Orden? Damit machen Sie keinen Reiberger satt, was Sie heut gethan haben! (Stürmisches Bravo und Lachen.) — Nachdem mehrere Amendements, die eine beschränkte Beibehaltung der Orden wollen, zum großen Gelächter keine Unterstützung gefunden, wird auf Schluß angetragen. Reichenbach: Daß der Minister Eichmann für Orden spricht, das verstehe ich; daß die Votzstuden sich streiten, ob sie einen grünen oder rothen Knochen sich durch die Nase ziehen, verstehe ich; daß Sie aber über Orden noch reden, verstehe ich nicht. Dem Adel haben sie seine Prädikate genommen; wollen sie die Orden für sich behalten? (Bravo!) v. Berg (gegen den Schluß): Ich wünschte, daß die factischen und historischen Bemerkungen, die man auf dieser Tribüne mit hat einfließen lassen, noch widerlegt würden; daß die Debatte wieder auf eine Höhe gehoben würde, die ihr gebührte, daß man den Satz: daß die Krone die Quelle aller Ehren ist, zur praktischen Anwendung erläuterte. Ich spreche gegen den Schluß, weil wir uns noch unter dem Eindruck der Worte befinden: Die Menschen sind abgeschafft. Diese Worte erinnern zu sehr an eine Karrikatur aus der Pankirche, als daß wir uns ihrem Eindruck ohne Weiteres hingeben dürfen. — Der Schluß wird genehmigt. Baumstark: Ich kenne keine solche Karrikatur, bemerke auch noch, daß ich nicht nach Frankfurt zu gehen brauche, um Karrikaturen zu sehen; es giebt deren überall. v. Berg: Ich will factisch berichtigen, daß ich mit dem Abgeordneten Baumstark über das Sehen von Karrikaturen hier und überall einer Meinung bin. (Gelächter.) Es wird zuerst über den ersten Theil des Jung'schen Amendements der Namensaufruf vorgenommen. Beschließt die Versammlung,

„daß Orden nicht mehr vertheilt werden?“

Mit ja stimmt die ganze Linke, und das linke Centrum, (Parrisius, Niel, Uhlisch, Berg, Bergmann, Besser Köhler.) Während des Aufrufes ist die Versammlung sehr unruhig. Man läuft hin und her, sieht aus den Fenstern und schickt Mitglieder hinaus, um sich über den Zustand vor den Thüren zu erkundigen. Man erwartet eine große Prozession: die eine Petition, die Wiener zu unterstützen, unter Bayrthoffer's Vortritt überbringen soll. Ehe das Resultat der Abstimmung verkündet wird, macht der Abgeordnete Dierschke die persönliche Bemerkung: Da Herr Pieper der Linken Ordensgelüste vorgeworfen hat, und namentlich von einem Efelorden gesprochen hat, der Einem zugekommen sein soll, so stelle ich ihm anheim, ob er diesen Orden noch ferner protegieren will, und nicht lieber einen neuen Orden einführen. . . . Präsident (unterbrechend): Ich bitte, sich der Persönlichkeiten zu enthalten. Dierschke: einen Orden mit vier Windmühlenflügeln! (Klingel des Präsidenten). Das Resultat der Abstimmung ist: mit ja haben gestimmt 196, mit nein 140; gefehlt haben 68. Der erste Theil des Amendements ist angenommen. Der zweite Theil des Jung'schen Amendements:

„Titel, die nicht blos das Amt bezeichnen, können nicht mehr erteilt werden“,

wird darauf einstimmig angenommen. Schluß 2 Uhr.

Berlin, 31. Oktober. 91ste Sitzung der National-Versammlung. Vorsitzender: v. Unruh. Anfang halb 6 Uhr Abends. Ein Schreiben des Minister-Präsidenten wird verlesen, worin derselbe anzeigt:

„daß der Entwurf des Jagdgesetzes von Sr. Majestät genehmigt und in der Gesetzsammlung abgedruckt sei.“

(Stärker anhaltender Beifall auf beiden Seiten.)

Ferner: eine Votichaft mit einem Gesetz-Entwurfe, betreffend die Regulierung der mit Mühlen-Grundstücken verbundenen Abgaben. Die

Versammlung entscheidet, diesen Entwurf mit Uebergehung der Abtheilungen sogleich in die Sachkommission für Handel und Gewerbe zu verweisen. Man schreitet nun zur Tagesordnung. Der Schriftführer verliest folgenden Antrag: Die National-Versammlung wolle beschließen:

„daß das Staatsministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten.“

Motive: In Wien wird gegen den erklärten Willen der Volksvertreter durch die Kamarilla ein Heer, theils aus barbarischen Kroatenhorden, theils aus deutschen Kriegern bestehend, gegen die eigene Hauptstadt geführt, diese wie ein feindlicher Ort belagert, und so zu Gunsten der Herrscher-gelüste Weniger für die Gegenwart namenloses Elend, für die Zukunft unabwiesliche Gefährdung der Volksfreiheit und der davon unzertrennlichen Rationalität eines deutschen Volksstammes bereitet. Dringend erwartet das civilisirte Europa von dem größten deutschen Volke, dem preussischen, daß es das Gewicht seines Wortes, seiner Geld- und Waffenkräfte in die Waagschale legt, dem Reichstage in Wien zur Verfügung stellt, und dadurch die Ränke und Gewaltstreich einer unverbesserlichen Partei vereitelt.

Die Dringlichkeit des Antrages wird nicht bestritten und die Verhandlung sogleich eröffnet. Zuvor zeigt der Präsident an, daß der Abgeordnete v. Ester mehrere Petitionen eingereicht habe, die in dem Sekretariat ausliegen. Der Schriftführer verlas hierauf noch folgende Amendements:

1) des Abgeordneten Dunder:

„Die Regierung Sr. Majestät aufzufordern, bei der centralgewalt mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß nicht in Folge der neuesten Wiener Ereignisse die Freiheit und Nationalität eines Deutschen Bundesstaates gefährdet werde.“

2) der Abgeordneten Berg, Klobertus u. A.: Die Versammlung wolle beschließen:

„Seiner Majestät Regierung aufzufordern, bei der Centralgewalt schnelle und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde.“

Motive: Die Lage der Dinge in Wien erfordert eine schnelle und kräftige Einwirkung zum Schutze der Freiheit. Nur die Centralgewalt ist dazu berufen. Es ziemt aber Preußen, bei dieser darauf zu dringen.

Der erste Redner in Bezug auf vorstehende Anträge ist der Abgeordnete Waldeck, er sagt unter Anderm: Wählen Sie nicht den Weg über Frankfurt, denn Sie wissen, wie dort diese Frage behandelt wurde. Daß doch die 24 Juristen, welche hier in dieser Versammlung sitzen, ihre Bedenken äußern! In der That, es handelt sich hier nicht um die Kompetenz der Centralgewalt, sondern schnelle Hülfe zu bringen. — Abgeordneter Berg (gegen): Ich spreche gegen den Antrag des verehrten Redners vor mir, weil er in seinen Resultaten nicht die Kraft hat, die ich wünsche. Ich betrachte den Wiener Konflikt nicht als einen innern, sondern als einen äußern, als einen Krieg fremder Völker gegen das deutsche Oesterreich. Erklären Sie der Centralgewalt, daß sie ihre Pflicht nicht gethan hat. Gegenüber den Erklärungen, die gerade von meinen politischen Freunden ausgegangen sind, nehmen wir so die einzig richtige Stellung ein.

— Abgeordneter Elsner: Meine Herren, wir können nicht erst darauf warten, was die Centralgewalt über diese Frage beschließen wird. Seit 14 Tagen spielt die österreichische Kamarilla wieder das alte Spiel, die Völker zu trennen und gegeneinander zu heizen. Welch unwürdiges Spiel nach der Mai-Revolution! Zögern Sie nicht, dem entgegen zu treten. Siegt der Absolutismus in Wien, so werden wir in 14 Tagen dieselbe Kamarilla, wie in Potsdam, so auch in Berlin selbst haben. — Abgeordneter Klobertus: Weil uns Partikularismus und Reaktion gleichbedeutend sind, deshalb haben wir die Umgehung der Centralgewalt nicht zugegeben. Gerathen wir auf diesen Weg, so zerstören wir damit das schöne Werk der Einigung und proklamieren den Bürgerkrieg. Die Existenz der konstituierenden Versammlung, welche die Freiheit gründen soll, also die Hoffnung auf Freiheit ist gefährdet. Ich empfehle mein Amendement:

„Preußen soll an die Spitze Deutschlands im Geiste gestellt werden.“ — Döbner: Ich wollte mir erlauben, über den Thatsachend Mittheilung zu machen. Es steht fest, die kaiserliche Regierung hat nicht die Absicht, die Volksfreiheit zu gefährden. Ein Beleg, das Manifest vom 19. Oktober. (Wird verlesen.) (Interpellation: von welchem Minister kontrassegnirt?)

— Wessenberg. Eben so das Manifest vom 22. Oktober. Die Centralgewalt hat ausdrücklich zum Schutze der Volksfreiheit die Kommissarien Besser und Moske gesandt. (Der Aufruf derselben aus Passau und aus Krems wird theilweise verlesen.) Hieraus ergibt sich, daß die Centralgewalt, was sie vermochte, zum Schutze der Freiheit vorgesehen hat. In der Annahme dieses Antrages liegt ein Vorwurf gegen die Centralgewalt.

— Abgeordn. Grün: Ich will Sie aufmerksam machen auf ein Prinzip, was gestern in einer unansprechlich gleichgültigen Frage hervorgehoben wurde, auf das Prinzip der Pietät und der Dankbarkeit. Gewiß, ohne den 13. März hätten wir keinen 18. Mai, ohne den 15. Mai nicht diese konstituierende Versammlung, vor Allem nicht hätten wir das Vergnügen, dies demokratische Ministerium an diesem Ministerische sitzen zu sehen. (Bewegung.) Ich theile nicht die Bedenken wegen der Centralgewalt.

Meine Herren! Ich komme frisch aus der Provinz — wissen Sie, wie man dort denkt von der Centralgewalt? Nur mit Spitznamen... (Große Unruhe und Ruf zur Ordnung.) — Präsident: Wenn auch der Redner nur referirt, so bitte ich ihn, sich in den Grenzen der parlamentarischen Debatte zu halten. — Der vorige Redner fährt fort: Ich begreife nicht, wie der Abgeordnete Berg beweisen will, daß er nicht partikular ist. Wie kommt er dazu, gerade in dieser Versammlung seinen Antrag zu stellen. Hätten wir uns vor der Reaktion. Auch sie spricht von Freiheit, selbst Zellschäch, aber von einer Freiheit, die aus Kanonen schießt. Zuletzt warnt der Redner die Minister vor ihrer Verantwortlichkeit. — Abgeordneter v. Berg: Der Herr Minister habe nicht Alles vorgelesen. Die Reichskommissare würden ihm genügen, wenn man ihnen ein eben so statisches Gefolge mitgegeben hätte, wie den Kommissarien, welche den Altenburger geschickt wurden. — Minister des Auswärtigen: Ich mache darauf aufmerksam, daß die deutsche National-Versammlung am 23. Oktober mit großer Mehrheit die Anordnungen der Centralgewalt gutgeheißen hat. — Abgeordneter Ostermann: Ich spreche gegen den Antrag. Nehmen wir an, so stellen wir damit unsere selbsterwählte Versammlung über die oberste Gewalt in Deutschland. Das, meine Herren, werden Sie nicht wollen. Es hat mich überrascht, eine so enge Verwandtschaft zwischen dem Antrag-

steller und Herrn von Kampf zu entdecken. Auch Herr von Kampf gab einem Jeden das Recht, einzuschreiten, wenn des Nachbarn Haus brenne. Wir jedoch folgen dem Grundsatz, daß wir nicht eher einschreiten, als bis der Hauswirth, der Reichstag, ruft. (Beifall.) Wir werden das Prinzip der Intervention nicht anerkennen. Es scheint mir sehr gefährlich. — Auch ich empfehle Ihnen das Amendement Dunder. — Schulze (Wanzleben): Wenn die Frankfurter Centralgewalt so wenig that, die in Wien gefährdete Freiheit zu schützen, so müssen wir unser Wort erheben. Dazu brauchen wir Frankfurt nicht. Schon dieses Wort wird den Kanonen des Zellschäch Einhalt gebieten. Denn hinter diesem Worte stehen 16 Millionen! Meine Herren, man hat uns gesagt, daß auch in Olmütz die konstitutionelle Freiheit anerkannt wird. Allein immer näher an Wien rücken die feindlichen Heere. Was sollen nun jene kaiserlichen Worte gegenüber diesen Thaten? Darum helfen Sie und schnell. Zuspät wird es sein, wenn wir erst über Frankfurt die Reichstruppen requiriren. Im Namen der Freiheit bitten wir Sie, stimmen Sie unserem Antrage bei. — Abg. Dunder: Meine Herren, die Redner, welche von hier aus sprachen, haben edle, menschliche Sympathien in uns angeregt. Allein der Politiker muß die Dinge ruhig und vom Standpunkte der Gegenwart betrachten. Die Trierfedern jener großen Bewegung sind noch nicht aufgedeckt, aber ich erinnere Sie, daß sich der Reichstag dem Abmarsche deutscher Regimenter gegen die Ungarn anfangs nicht widersetzte. Sind denn auch die Ungarn ein Volk, welches die Nationalitäten achtet? Ich habe nicht bestimmt Partei nehmen wollen in diesen Angelegenheiten. Der Reichstag wurde noch nicht gefährdet. Bedenken Sie, daß er aus allen Nationalitäten besetzt wurde, bedenken Sie, daß die Hälfte seiner Mitglieder den Reichstag verließ. Noch nicht aufgeföhrt ist ferner, daß er nicht unter dem Einbruche des Terrorismus tagte. Meine Herren, ich gestehe endlich Niemanden das Recht zu, daß irgend Jemand von dieser Tribüne dem deutschen Parlamente nicht die Einheit der Freiheit, sondern die Einheit der Despotie zuerteile. (Lebhafter Beifall rechts — Zischen links.) Meine Herren, die Frage von der Kompetenz ist keine juristische Spitzfindigkeit, sie ist eine Frage der Einheit. Der Antrag des Abgeordneten Waldeck erklärt Krieg dem deutschen Parlamente. Meine Herren, ich warne Sie, bedenken Sie ihre Verantwortlichkeit. Ich empfehle Ihnen deshalb meinen Antrag. Halten Sie sich das Ziel vor Augen, was wir niemals verlieren sollen, die Einheit Deutschlands. Meine Herren, der Partikularismus greift um sich in dieser Versammlung. Nicht Schlesien allein, alle Provinzen sind gleich in der Liebe zum Vaterlande! (Lebhafter Beifall rechts!) — Finanzminister v. Bonin: Meine Herren, erlauben Sie mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß von den Ereignissen, welche in Wien der gegenwärtigen Katastrophe vorangingen, in Frankfurt eine durchaus andere Auffassung angenommen wurde, als hier. Dort glaubte man anarchose, gefesselte Zustände beendigen, hier gefährdete Freiheiten des Volks aufrecht halten zu müssen. Diese Rücksicht, daß es sich auch in Wien darum handeln konnte, das Gesetz zu schützen, scheint mir noch nicht hinreichend erwogen zu sein. — Abgeordneter Baumstark will nicht unterbrechen, wie es komme, daß gerade die rechte Seite der Versammlung die Reichsgewalt gegen Angriffe der Linken vertheidigen müsse. Anstatt der Reichsgewalt in Wien einzuschreiten, heißt dieselbe beseitigen und Preußen an ihre Stelle setzen. In Wien herrscht jetzt nicht die deutsche Partei, in Wien herrscht die Anarchie. Die Wollen der Volksfreiheit dort sind nicht verfassungsmäßige. Ich wende mich mit meinem deutschen Herzen vor dem sogenannten deutschen Treiben in einer Stadt, die sich bis zu solchen Greueln vergewaltigt hat. Soll Preußen, indem es jetzt die Centralgewalt beseitigt, das Vertrauen wieder unterdrücken, das sich in Süd-Deutschland für Preußen eben erst erhoben hat? u. s. w.

Beim Beginn der Rede des Abgeordneten Baumstark hat sich der größte Theil der Linken entfernt; der Rest unterbricht ihn hin und wieder durch Zischen, das die Rechte mit Bravo's erwidert.

Nach dem Ende der Rede trägt Schimmel auf Schluß an.

Man kommt zur Fragestellung. von Unruh schlägt die Reihenfolge vor: 1) Waldeck, 2) Klobertus, 3) Dunder. v. Berg will die Reihenfolge: 1) Waldeck, 2) Dunder, 3) Klobertus. Die Versammlung tritt der Meinung von Berg bei, und der Waldeck'sche Antrag wird zur Frage gestellt.

Der Namensaufruf wird vom Abgeordneten Kampf beantragt und von der äußersten Linken unterstützt. Nur die äußerste Linke stimmt für den Antrag. Man hört den Lärm des Volkes draußen; die Versammlung ist sehr unruhig; der Präsid. ermahnt wiederholt die Abgeordn., auf ihren Plätzen zu bleiben. Das Resultat ist folgendes: mit ja haben gestimmt 113; mit nein haben gestimmt 230; gefehlt haben 59. Der Antrag ist verworfen. Es erfolgt nun der Namensaufruf über den Dunder'schen Antrag; mit ja stimmt: Oermann, Petersen, Reichensberger, Sommer, Unruh, Wachsmuth, Wangenheim, Zacharia, Baumstark, Besser, Bornemann, Bredt, Gierke, Niemeyer, Auerswald (Frankfurt), Moritz, mit Nein: Parrifus, Par, Pilet, Niebe, Klobertus, Uhlisch, Weichsel, Berg u. A. Das Resultat ist, mit Ja haben gestimmt 164, mit Nein 181, gefehlt haben 57. Das Amendement ist verworfen. Bei der Abstimmung über das Klobertus'sche Amendement stimmt mit ja u. A.: Parrifus, Pelzer, Pfuel, Bornemann, Bredt, Gierke; mit nein: Plönies, Auerswald, Kuhlvetter, Tamnau. Das Ergebnis ist folgendes: Es stimmen mit ja: 261 mit nein: 52 es enthielt sich: 1 es fehlten 88 Abgeordnete.

Das Amendement v. Berg-Klobertus ist mithin angenommen. v. Berg: Zu näherer Erklärung meines Amendements künfte ich an, daß ich am nächsten Freitag das Ministerium interpelliren werde, was es zur Ausführung unseres Beschlusses gethan hat. — Präsident: Da die Zeit bereits vorgerückt ist, so werde ich heute die Sitzung schließen. Mehrere Abgeordnete machen darauf aufmerksam, daß sich die Versammlung in unfreiwilliger Gefangenschaft befinde. Alle Ausgänge seien vom Volke besetzt. Der Präsident erklärt jedoch die Sitzung für geschlossen. — Schluß Nachts 10 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Berlin, 1. November. Auf außerordentlichem Wege ist gestern folgende Nachricht hier eingegangen:

„Hiezing, 30. Oktober. Der Gemeinderath von Wien hat dem Fürsten Windischgrätz die unbedingte Unterwerfung der Stadt angekündigt.“

— Die Wiener Frage veranlaßte gestern eine große Volksdemonstration. Auf Anregung der demokratischen Klubs, insbesondere des demokratischen Bürgerwehrklubs, bewegte sich um 12 Uhr ein großer Zug vom Alexanderplatz durch die Königsstraße um das Schloß herum bei der katholischen Kirche vorbei nach dem Schauspielhause. An der Spitze sah man

ie Herren Ruge, Karbe, Müller und Andere, welche einer verhaltenen Fahne folgten; im weitem Zuge erblickte man zwei rothe Fahnen die des souveränen Lindenklubs und des Klubs der politischen Ede, welcher letzteren sich besonders das Corps der fliegenden Buchhändler angeschlossen hatte. Nachdem der Zug, den man auf tausend Personen, dem Bürger- und Arbeiterstande angehörig, schätzen konnte, auf dem Plage vor dem Schauspielhause, den eine sehr zahlreiche schaulustige Menge bedeckte, angelangt war, verfügte sich die Deputation in das Sitzungsgelände. Sie beabsichtigte der Nationalversammlung eine Petition zu überreichen, worin dieselbe ersucht ward, den Beschluß zu fassen, daß die Preussische Regierung die Sache Wiens zu der ihrigen machen und der Wiener Bevölkerung zu Hülfe kommen solle. Es schien diese Petition wesentlich auf Veranlassung des demokratischen Kongresses entstanden und auf eine Unterstützung des gleichlautenden, vom Abg. Waldeck in der Nationalversammlung gestellten Antrages berechnet zu sein. Herr Ruge erstattete bald darauf von der Freitreppe des Schauspielhauses herunter den Bericht, daß der Präsident die Deputation der hochherzigen Berliner Bevölkerung empfangen, daß der Abgeordn. d'Estier ihr die Petition abgenommen, dieselbe zu der seinigen gemacht und dem Präsidenten überreicht habe, welcher seinerseits die Erklärung abgegeben hätte, daß die Petition der Nationalversammlung am Nachmittage bei der bevorstehenden Berathung der Wiener Angelegenheit mit vorgelegt werden würde. Herr Ruge fügte darauf hinzu, daß heute nachmittags um 4 Uhr eine Volksversammlung unter den Zelten stattfinden sollte, in welcher man das Resultat der Berathung der Nationalversammlung erwägen und weitere Beschlüsse darüber fassen wollte. Er schloß mit der Aufforderung, sich bis dahin — bis wo, man alles zu hoffen, aber auch alles zu fürchten habe — ganz ruhig zu verhalten und nunmehr in geordneten Zügen wieder heim zu kehren. Jetzt trat indeß das alte, sich regelmäßig wiederholende Schauspiel ein. Die Menge, welche einmal aufgeboten war, wollte nicht unverrichteter Sache nach Hause gehen und verlangte sofort Resultate. Es entstand ein wildes lärmendes Geschrei, welches hier und da durch einige Verauschte erhöht wurde. Man verlangte, die Nationalversammlung solle sofort berathen, und als erwidert wurde, daß dies unmöglich sei, weil die Sitzung inzwischen geschlossen worden, machten Andere den Vorschlag, bis um 5 Uhr, wo die Abend-sitzung beginnen sollte, zu verharren. Dies erschien jedoch wieder Andern etwas zu weit ausgehend und sie begnügten sich daher damit, die Volksversammlung noch am selben Abend nach der Sitzung zu verlangen. Als aber auch darauf bemerkt wurde, daß die Sitzung bis tief in die Nacht hinein dauern könne, forderte man die Volksversammlung wenigstens gleich am folgenden Morgen um 9 Uhr. Der Präsident des souveränen Lindenklubs, Herr Müller, versuchte jetzt den Sturm zu beschwören, indem er bemerkte, daß man die Beschlüsse der Nationalversammlung doch vorher überlegen müsse und dazu Zeit bedürfe. Auch er sei der Meinung, daß nun lange genug gewartet sei und endlich etwas Ernstes geschehen müsse, sie sollten aber Vertrauen zu ihm haben und sich bis zum folgenden Tage gedulden. Nachdem in dieser Weise die Verhandlungen wohl eine Stunde gedauert hatten, entfernte sich endlich Alles und es blieb bei der auf heute Nachmitt. 4 Uhr angesetzten Volksversammlung. — Man erfuhr außerdem, daß in der Abend-sitzung der Abgeordn. Duncker einen Antrag stellen werde, der in dieser verwickelten Angelegenheit Aussicht auf Annahme Seitens der Nationalversammlung habe. Der Antrag lautete dahin: die Nationalversammlung möge beschließen, an das Frankfurter Parlament das Aufsuchen zu richten, es wolle sich der Wiener Angelegenheit dahin annehmen, daß den Desterreichern ihre konstitutionellen Verheißungen erhalten bleiben. (B. 3.)

Breslau. Die Schlesische Zeitung enthält folgendes von der Redaktion verbürgtes Schreiben:

Giesing, 29. Oktober. Einer der schrecklichsten Tage war der gestrige, denn seit Morgens 10 Uhr wüthete eine heftige Kanonade bis Mitternacht. Die Stadt hatte eine neue Bedenkzeit des Fürsten Windischgrätz verließen lassen, und so sah sich dieser in die traurige Nothwendigkeit versetzt, das fürchterliche Feuer zu eröffnen. Die Vorstädter hielten sich außerordentlich tapfer, aber der Muth des Militärs gab ihnen nichts nach. In Folge eines hisigen Gefechtes erstürmten die Truppen die Linien auf verschiedenen Punkten. Besonders zeichneten sich die des Jellachich aus, welche in 3 Stunden gegen 30 Barrikaden erstürmten. Abends 7 Uhr brannte es wieder an vier Stellen der Vorstädte, namentlich in der Wieden- und in der Landstraße, wo ungefähr 30—40 Häuser in Flammen aufgingen. Dabei dauerte unausgesetzt das Schießen mit Kanonen und Gewehren fort, deren Ausblitzen man bei der Dunkelheit des Abends deutlich wahrnehmen und bei dieser schrecklichen Beleuchtung auch das siegende Vorrücken der Truppen in den Straßen genau beobachten konnte. Um 11 Uhr Nachts war noch nichts entschieden, nur so viel, daß die Truppen siegend vorrückten. Die Bewohner der eigentlichen oder inneren Stadt sollen gestern Abend bereits die weiße Friedensfahne aufgesteckt haben, aber die Arbeiter rissen sie wieder herab. In der Stadt hat der Kommandirende der Nationalgarde, Messenhauer, wie sie wissen das Standrecht erklärt und jeden mit Tode gedroht, der sein Haus nicht offen läßt. Nun wissen Sie aber auch, daß Fürst Windischgrätz über jeden, der seine Thüre und Fenster nicht geschlossen hält, dasselbe Schicksal verhängt hat. Diese Proklamation des Fürsten mochten die ins Lager entsendeten Deputirten der Stadt nicht mittheilen. — Sie können sich also den schrecklichen Zustand der Stadt denken, die sich buchstäblich zwischen zwei Feuern befindet. Bomben sind gestern Abend nur wenige als Schreckmittel, und zwar in die Universität, geworfen worden, wogegen aber schon am Tage Granaten, Raketen und Schrapnells geschleudert wurden. Heute Morgen, also am 29. früh, soll abermals eine Deputation zum Fürsten gekommen sein. Während ich dieses schreibe, höre ich immer noch vereinzelt hier und da Gewehrfeuer und Kanonendonner. Der Fürst hat Alles aufgeboten, die Stadt zu schonen, allein der Fanatismus seiner Gegner scheint die Größe des Unglücks, welches über die Stadt gekommen, nicht einzusehen, namentlich ist es der ehemalige polnische General Dem, der in Gemeinschaft mit anderen Polen die Vertheidigung leitet. Enden wird und muß heute dieses grausige Trauerspiel, und Alles im kaiserlichen Lager giebt sich der Hoffnung hin, ohne ferneres Blutvergießen. Sollte sich aber die Stadt heute nicht ergeben, so verfällt sie ohne Rettung dem fürchterlichsten Bombardement; denn die Truppen haben bereits zwei Vorstädte inne, und befestigten sich am Glacis nur noch in einer Entfernung von 2—400 Schritt von der inneren Stadtmauer. Jetzt ist es 11½ Uhr. Um 2 Uhr fahre ich durch die Berge auf den Bahnhof nach Florisdorf, eine halbe Meile von Wien, von da geht es bis Ratibor, und wenn ich mit dem nächsten

Zuge auf die Station zurückkehre, werde ich meinen Rückweg nach Giesing wohl schon durch die Stadt selbst antreten können.

Ratibor, 30. Oktober. Heute hier angekommenen Passagiere aus Florisdorf haben uns mitgetheilt, daß Jellachich gestern die Vorstadt Leopoldstadt und Windischgrätz die Vorstadt Mariahilf eingenommen hat. Des Abends wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen, der bis heute 10 Uhr dauert. — Die Vorstädte brennen noch. In Florisdorf konnte man vorgestern Abend mit Leichtigkeit lesen, so stark leuchteten bis dorthin die Flammen. — In Brunn ist wie uns von demselben Reisenden erzählt wurde, gestern Mittag 1 Uhr ein Aufstand ausgebrochen. Das Volk verlangte Organisation des Landsturms, um den Wienern zu Hülfe zu ziehen. Das Militär ward von der Nationalgarde entwaffnet. Nach andern Mittheilungen war das Ganze ein bloßer Krawall, der bald beigelegt wurde. (Schlesische Ztg.)

Posen, 29. Oktober. Am Freitag trat, in Betreff des Phillipschen Amendements in der Berliner Nationalversammlung, eine zweite Volksversammlung zusammen, welche gegen dasselbe eine energische Berufung auf den Parlamentsbeschluß der Frankfurter Versammlung erlassen hat. Der Schluß derselben lautet: Indem wir uns bewußt sind, die Ueberzeugung aller Deutschen unseres Landes auszusprechen, welche sämmtlich die Nachricht von den neuesten Berliner Beschlüssen mit der heftigsten und gerechtesten Entrüstung erfüllt hat, ersuchen wir Eine Hohe Versammlung mit der ganzen Dringlichkeit, welche die Größe der Gefahr unseren Bitten giebt: Eine Hohe Versammlung wolle die schnellste Ausführung des Beschlusses vom 27. Juli, also die sofortige Ziehung der Demarcations-Linie und damit die durchgreifendste Trennung des Deutschen vom Polnischen Theile der Provinz Posen mit möglicher Entschiedenheit herbeiführen. Die Volksversammlung beschloß, daß diese Berufung von dem Deutschen Central-Comitee in Auftrage der Volksversammlung unterzeichnet werde, damit nicht erst neue Unterschriften gesammelt werden dürften und daß das Altentstund ohne Verzögerung zu seiner Bestimmung gelange. (Schl. 3.)

Aus Würzburg, 23. Oktober, schreibt die Aschaffenb. Ztg.: „Heute früh wurde die Versammlung der deutschen Bischöfe zur Besprechung kirchlicher Angelegenheiten, oder, um den richtigen Ausdruck zu wählen, das erste Concil des 19. Jahrhunderts eröffnet. Zum Präsidenten der Versammlung wurde der Erzbischof von Köln gewählt, als Vicepräsidenten die Bischöfe von Augsburg und Rottenburg. Im großen Saale des Seminars, dessen Wände geschmackvoll mit Jhesons dekorirt waren, saßen in einem Halbkreise die Bischöfe und stimmfähigen Bevollmächtigten. Ihnen gegenüber in grader Linie die zur Berathung gezogenen Theologen, ungefähr 15 an der Zahl, unter ihnen Döllinger für Limburg, Dekan Longuer fur Rottenburg, die Kapitularen Daudry und München für Köln, Domdekan Braun für Trier, Kapitulär Abzog für Hildesheim, Schulrath Krappe für Paderborn, Kapitulär Ernst für Eichstätt, Professor Schmitt für Bamberg, Kapitulär Reissmann für Würzburg. Dem Präsidenten gegenüber arbeiten die sechs Schriftführer. Das Nächste, was wohl in der Versammlung zur Vorlage gebracht wird, dürfte die Beantwortung der großen Frage über die zukünftige Stellung der deutschen Kirche zum Staate, und ganz besonders der durch die Einheitsbestrebungen unseres Vaterlandes nothwendig gewordenen Umgestaltung kirchlicher Verhältnisse sein. Nach Innen wird das Augenmerk der Versammlung ganz besonders auf die Durchbildung und Erfrischung des Klerus durch Exercitien sich richten. Für die Belebung des religiös-sittlichen Sinnes unter dem Volke würde dann in regelmäßigen, von Diözesanpriestern abgehaltenen Missionen auf dem Lande, in den Städten, wie dies schon längst anderwärts, z. B. in Frankreich, geschieht, durch Konferenzen das rechte Mittel gefunden sein.“

Frankfurt a M., 28. Oktober. Was besagen die gestern mit überraschender Mehrheit gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung? Mehr, bei weitem mehr, als die Redner meinen, die uns die Verhältnisse Oesterreichs als so einfach und die Stimmung seiner Deutschen Bevölkerung als eine so bereitwillige geschildert haben, als ob es nur des festen Willensausdrucks von Seiten Deutschlands bedürfe und das Reich sei auch nach dieser Seite hin unwiderstehlich konstituiert. Die Beschlüsse, wenn sie thatsächlich durchgeführt werden sollen, so enthalten sie den Beschluß zur Auflösung Oesterreichs, dann zerbröckeln sie den Kern einer Europäischen Weltmacht, dann rufen sie an die Stelle einer der ältesten Monarchien unserer Geschichte ein Chaos junger Staaten, wenn nicht ein Chaos des Bürgerkriegs. Noch ist ein Drittes denkbar, nämlich, daß Oesterreich die Geltung der Frankfurter Bestimmungen gänzlich verleugnet, daß es sich, da das unmöglich Scheinende von ihm gefordert wird, nun auch von dem Möglichen unwillig abwendet. Inbessenen wollen wir uns auf keine dieser Voraussetzungen ernstlich einlassen, denn unsere Ansicht ist eine andere. Wir glauben nämlich, die gestrigen Beschlüsse besagen in Betreff Oesterreichs in der Wirklichkeit nur wenig, weil sie vor der Hand nur von theoretischer Bedeutung sind. Eine zweite Lesung des Verfassungsentwurfs steht bevor. Sollten sich inzwischen auch nicht die Oesterreichischen Gesandten zu voller Klarheit entwickeln, so werden wir doch zweifelhaft bleiben über die Entwicklung der Oesterreichischen Meinung und über den Eindruck der Frankfurter Maßregeln. (D. 3.)

Oesterreich.

Wien, 30. Oktober. (Neueste Nachrichten.) Der Gemeinderath von Wien hat Windischgrätz die Stadt übergeben, nachdem die Aula sich bereit erklärt hat, die Waffen zu strecken. — Wir können heute nur diese kurze Nachricht aus Wien geben. Vollständige Berichte und Zeitungen fehlen uns. Dagegen erhalten wir aus Breslau von gestern (31. Oktober) Abends folgende Korrespondenz-Nachricht, deren Inhalt wir indeß verbürgen können: „Bekanntlich hatte Brunn eine Deputation an den Kaiser gesandt, um eine Vermittlung wegen Wiens zu bewirken. Dies geschah vorgestern, am 29. Oktober. Der Kaiser gab ein Handbillet an Windischgrätz mit, in welchem er ihm befohl, die Vermittlung anzunehmen. Windischgrätz, im Besitz der Leopoldstadt links bis zum Radastischen Hause, rechts bis zum St. Glacis-Palais, wo sich die jetzt erstürmte, aus Reisfäcken errichtete Barrikade befindet, schloß die Vermittlung einzuweichen. In der Mitte eines Grenadier-Bataillons, welches präsentirte, und auf freier Straße fanden die Unterhandlungen statt. Die Wiener, nicht wissend, um was es sich handle, schossen auf diese Grenadiere. Hierauf ließ Windischgrätz das Bombardement eröffnen, und es ward bis 2½ Uhr die Jägerzeile hinabgeschossen. Da plötzlich verkündeten Signale vom Stephansthurm das Herannahen der ungarischen Armee. Diese in einer Stärke von nur 18,000 Mann warf sich zwischen

Windischgrätz und Jellachich hinein, den linken Flügel des ersten, den rechten des zweiten angreifend. Von hier ab hörte das Bombardement auf. Aus einer Seitenforte in der Nähe des rothen Thurmes machte Messenhauer einen Ausfall. Die Ungarn sollen indeß, wie Stabs-Offiziere versichert haben, gänzlich geschlagen und in die Donau gejagt sein. Für die Richtigkeit dieser Thatsache spricht der Umstand, daß gegen den Spätnachmittag das Bombardement gegen die Stadt in einer noch nicht dagewesenen Stärke wieder begann. Dieses endete indeß um 7 Uhr plötzlich. Der Grund ist nicht bekannt. — Uebrigens hatte Windischgrätz gestern Mittag 12 Uhr (den 30.), folgende telegraphische Depesche nach Olmütz gesandt: „Wien ergibt sich noch unbedingt heute, meine Soldaten werden noch heute in Wien einrücken.“ Dieselbe Nachricht ward mittelst Kourier nach Krasau und Lemberg gesandt. Zu der verfloffenen Nacht 11 Uhr ist Fürst Schwarzenberg als Kourier durch Ezerau nach Wien gegangen; der Inhalt seiner Depesche ist nicht bekannt. — Nachzutragen ist noch, daß von den Ungarn ein großer Theil des Regiments Lichtenstein bald Anfangs zu den kaiserlichen Truppen übergegangen ist. Kossuth soll gleichfalls unterwegs sein. (Deutsche Reform.)

Preßburg, 25. Oktober. Noch immer hat sich in unserer Stellung zu Wien nichts geändert; nur so viel steht fest, daß Kossuth vorgestern in dem zwischen hier und Dedenburg gelegenen Parendorf beim Centrum der ungarischen Armee angelangt ist und dort Kriegerath hält. Außerdem sind gestern hier von Pesth und Comorn neun Dampfschiffe angekommen, darunter sechs Remorqueurs mit je drei Schlepsschiffen. Auf jedem derselben befanden sich gegen 400 Mann Sausenmänner, so daß wir im Augenblick etwa 8000 Fräftige Magyaren in Banerntracht hier versammelt haben. Heute gehen dieselben in das Kossuth'sche Lager ab. Wenn man berücksichtigt, daß diese 8000 Mann dem Comorn Komitat allein angehören, und daß Kossuth eine gleiche Anzahl aus dem entfernteren Wiselburger und Dedenburger Komitat zum Marsch nach dem Hauptlager bewogen hat, so läßt sich denken, welche Anzahl von Kämpfern an der österreichischen Gränze zusammenkommen werden. Wie es heißt, werden dieselben insgesammt noch heute, zum drittenmale, gegen Wien vorrücken. Nach den neuesten Vorgängen in Oesterreich sind hier jetzt Aller Augen auf Kossuth gerichtet. Noch heute oder morgen muß es sich zeigen, was er zu thun gesonnen ist. An Unseren Schanzen arbeiten gegenwärtig 2000 Menschen. Ein neuer Feind Ungarns ist in dem Obersten Simovich aus Galizien aufgetreten. Derselbe ist bereits bis ins Trentschiner Komitat vorgedrungen, beunruhigt mit 10,000 Galiziern jene Gegend und sucht die meistentheils slowakische Bevölkerung aufzuwiegen, weshalb von der ungarischen Armee eine Abtheilung dahin gesandt werden muß. (Schles. Z.)

Großbritannien.

London, 27. Oktober. Der Spectator entwirft eine fast humoristische Schilderung der österreichischen Wirren. Der Reichstag bemühe sich, constitutionell zu bleiben, verfolge den fliehenden Kaiser mit Einladungen, zurückzukehren, und behaupte, in seinem Namen zu handeln. In seinem Namen fordert er den Grafen Auersperg auf, die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten; eigentlich heißt das aber, er soll sich dem Reichstage ergeben. Der General spielt aber die Farce officieller Subordination weiter, behauptet, nach den Befehlen des verantwortlichen und ermordeten Kriegsministers zu handeln und erwartet bloß den Gegenbefehl des Nachfolgers; er gesteht, daß er den bewaffneten Corps der Stadt nicht traue, und will in die Stadt kommen, wenn sie entwaffnet werden, mit andern Worten: er will Wien militärisch besetzen, wenn der Reichstag so höflich sein will, sie zu entwaffnen. Der Reichstag schlägt dies klugerweise aus. Auersperg sagt alsdann, er wolle es nicht auf das Aeußerste treiben, sondern sich in eine weniger drohende Stellung zurückziehen; nur verlangt er von des Kaisers Ministern, seine Truppen mit Proviant und sonstigen Bedürfnissen zu versorgen. Unterdessen fordert der Reichstag auch Jellachich und seine Kroaten auf, sich zurückzuziehen, ferner schickt er Botschaft an Kossuth, der den Kroaten wie der Schatten des Todes folgt, mit seinen Ungarn das österreichische Gebiet zu betreten; Sr. Majestät Minister laden Sr. Majestät Rebellen ein, die Hauptprovinz des Reichs zu betreten, um die Truppen Sr. Majestät daraus zu vertreiben! Das Morning Chronicle sieht nur zwei Möglichkeiten, den gänzlichen Zerfall der österreichischen Monarchie zu verhindern, entweder den raschen Sieg der kaiserl. Partei und die Aufrechthaltung der kaiserl. Autorität durch militärischen Zwang, oder das Einschreiten Frankfurts, das durch das Einrücken eines deutschen Heeres das slavische und das magyarische Element, welche beide auf verschiedenen Wegen auf die Zerstückelung Oesterreichs hinarbeiteten, überwältigte, und findet dieses Ereigniß nicht ganz unwahrscheinlich.

— Vorgestern wurden in dem Prozeßverfahren zu Clonmell die noch übrigen acht Angeklagten, fast sämmtlich arme Arbeiter und Handwerker, welche sich zu O'Brien angeschlossen hatten, vor die Kommission gestellt. Nachdem jeder von ihnen befragt wurde, daß er des ihm zur Last gelegten Verbrechens des Hochverraths nicht schuldig sei, wurden sie sämmtlich ins Gefängniß zurückgeführt. Auf den Antrag des General-Schwalters wurden sodann die drei für schuldig erklärten Gefangenen W' Manns, O'Donohue und Meagher vorgeführt, und der Gerichtshof sprach, nachdem O'Donohue und Meagher Reden gehalten hatten, gegen alle drei das Todesurtheil aus, worauf man sie in den Kerker zurückbrachte. Die vor dem Gerichtsgebäude versammelte Volksmasse erhob Lärm und Geschrei, ward aber durch die Bayonnette der Polizei in Ordnung gehalten. Auf den Antrag des General-Schwalters vertagte hierauf die Gerichts-Kommission ihre Sitzung bis zum 5. Dezember.

Getreide-Vericht.

Stettin, 1. November.

Weizen, in loco mit 60 Thlr. bezahlt.
Roggen, in loco 27-28 Thlr., per Oktober 27½ a 28 Thlr., und zuletzt 27 Thlr., pro Frühjahr 30½ Thlr. bezahlt.
Gerste, 20½ a 27½ Thlr. bezahlt.
Hafer, in loco 17½ Thlr. und pro Frühjahr 18½ Thlr. bezahlt.
Rübeel, roth, pro Okt. 10½ a 10½ Thlr. bezahlt.
Spiritus, roth, 23½ a 24½, ohne Faß und 24½ a 24½ % mit Faß bez.

Berlin, 1. November.

Am heutigen Markte waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58-62 Thlr.

Roggen, in loco 28-29 Thlr., 82½ pro Nov., Nov.-Dez. 28 Thlr. Br., 27½ G., pro Frühjahr 31 Thlr. Br., 30½ G.
Gerste, große, in loco 25-26 Thlr., kleine 24-25 Thlr.
Hafer, in loco nach Qualität 17-18 Thlr., pr. Frühjahr 18 a 17 Thlr., pr. Herbst 17 a 16½ Thlr.
Rübeel, in loco 11½ a 11½ Thlr. Br., pro diesen Monat und Nov.-Dez. 11½ a 11½ Thlr., Jan. 11½ a 11½ Thlr., Jan.-Febr., Febr.-März, März-April, April-Mai 11½ a 11½ Thlr.
Leinöl, in loco 9½ Thlr., Lieferung 9½.
Spiritus, in loco ohne Faß 15½ Thlr. bez. und G., mit Faß 15½ Br., pro Nov.-Dez. 15½ 15½ Thlr. bez., pro Frühjahr 17½ Thlr. Br., 17½ a 17½ bez.

Breslau, 31. Oktober.

Weizen, weißer, 48, 55 bis 61 Egr., gelber 47, 53 bis 59 Egr.
Roggen 28, 32 bis 35 Egr.
Gerste 24, 26 bis 28 Egr.
Hafer 15, 16 bis 17 Egr.
Krafft 9½ Egr.
Kleeblatt 5 bis 7 Thlr. für weiß, und 8½ bis 9½ für roth.
Spiritus 6½, 6½, 6½ bis 7½ bezahlt.
Rübeel unverändert.
Zink soll ab Gleiwitz a 3½ begeben sein.

Berliner Börse vom 1. November.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.	Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.
St. Schuld-Sch.	3½	74½	74	Kar.-u.Nm.-Pfdr.	3½	88½	88½
Sech. Präm.-Sch.	—	92	—	Schles. do.	3½	—	89½
R. & Nm. Schlav.	3½	—	—	do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—
Berl. Stadt-Obl.	3½	—	—	Pr. Bk.-Anth.-Sch.	—	86½	—
Westpr. Pfabr.	3½	—	81½	—	—	—	—
Grosh. Posen do.	4	95½	—	Friedrichsd'or.	—	13½	13½
do. do.	3½	77½	—	And. Gldm. a 5 tlr.	—	13½	12½
Ostpr. Pfandr.	3½	86½	86½	Discont.	—	3½	4½
Pomm. do.	3½	90½	89½	—	—	—	—

Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—	Poln. neue Pfabr.	4	90½	90
do. b. Hope 3 4. a.	5	—	—	do. Part. 500 Fl.	4	67½	66½
do. do. 1. Anl.	4	—	—	do. do. 300 Fl.	—	94	—
do. Stiegl. 2 4 A.	4	82½	—	Hamb. Feuer-Cas.	3½	—	—
do. do. 5 A.	4	—	—	do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—
do. v. Risch. Lat.	5	100½	100½	Holl. 2½ 2 9/10 Int.	2½	—	—
do. Poln. Schatz O	4	66½	65½	Kurl. Pr. O. 40 th.	—	—	—
do. do. Cert. L. A.	5	77½	76½	Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	130½	N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—
Pol. Pfdr. a. a. C.	4	—	90½	—	—	—	—

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuß.	Reinertr.	Tages-Cours.	Priorit.-Actien.	Zinsfuß.	Reinertr.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B.	4½	80½	bz. u. B.	Berl.-Anhalt	4	84	B.
do. Hamburg	4½	63	bz.	do. Hamburg	4½	88½	bz.
do. Stettin-Stargard	4	68½	bz.	do. Potsd.-Magd.	4	77½	G.
do. Potsd.-Magdebg.	4	52½	bz.	do. do.	—	587	bz.
Magd.-Halberstadt	4	7102	G.	do. Stettiner	—	496	bz.
do. Leipziger	—	415	—	Magd.-Leipziger	—	44	—
Halle-Thüringer	—	4	51 B.	Halle-Thüringer	—	41	81½ B.
Cöln-Minden	3½	—	74 B.	Cöln-Minden	—	34	89 G.
do. Aachen	4	452½	B.	Rhein. v. Staat gar.	—	4	—
Bonn-Cöln	—	4	—	do. 1 Priorität.	—	4	—
Düsseldorf-Elberfeld	4½	—	—	do. Stamm-Prior.	—	4	67½ B.
Steele-Vohwinkel	4	—	29½ G.	Düsseld.-Elberfeld	—	4	—
Niedersch. Märkisch.	3½	—	68 bz.	Niedersch.-Märkisch.	—	5	82½ B.
do. Zweigbahn	—	4	—	do. do.	—	5	93½ B. ½ G.
Oberschles. Lit. A.	3½	—	689 bz. u. B.	do. III Serie	—	4	88½ G.
do. Lit. B.	3½	—	689 bz. u. B.	do. Zweigbahn	—	5	—
Cosel-Oderberg	—	4	—	do. do.	—	4	—
Breslau-Freiburg	—	4	5	Oberschlesische	—	5	—
Krakau-Oberschles.	—	4	—	Cosel-Oderberg	—	5	95 B.
Bergisch-Märkische	—	4	—	Steele-Vohwinkel	—	4	—
Stargard-Posen	—	4	—	Breslau-Freiburg	—	—	—
Brieg-Neisse	—	4	—	—	—	—	—
Quittungs-Bogen.	—	—	—	Ausl. Staats-Actien.	—	—	—
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	60	81 B.	Dresden-Görlitz	—	4	—
Magdeh.-Wittenberg	—	4	60	Leipzig-Dresden	—	4	—
Aachen-Mastricht	—	4	30	Chemnitz-Riesa	—	4	—
Thür. Verbund.-Bahn	—	4	20	Sächsisch-Bayerische	—	4	—
Ausl. Quittg.-Bogen.	—	—	—	Kiel-Altona	—	4	88 G.
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	4	90	Amsterdam - Rotterdam	—	4	—
Pesther 26 Fl.	—	4	80	Mecklenburger	—	—	32 B.
Eried.-Wilh. -Nordb.	—	4	90 41½ a ½ bz.	—	—	—	—

Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schulz & Comp.

November.	5½	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reducirt.	1	331,22"	332,30"	333,61"
Thermometer nach Reaumur.	1	+ 6,8°	+ 6,7°	+ 4,3°

Beilage.

Schweiz.

Bern, 26. Oktober. Der Aufstand der Freiburger gegen ihre Regierung scheint schon wieder gedämpft zu sein. Auf die Nachricht, daß die Regierung den Bischof Marilley gewaltsam und mit militärischem Geleit über die Gränze gebracht habe, standen in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober die Bauern in der Gegend von Rue und Châtel St. Denis auf, fielen über die Gendarmenposten her, arretirten Bürger und Grobkräthe und nahmen den Bezirks-Beamten gefangen. Hierauf zogen sie 1000 bis 2000 Mann stark gegen Freiburg. Dem gefangenen Regierungs-Statthalter von Bulle, Herrn Rämö, gelang es, seiner Frau den schriftlichen Auftrag zu ertheilen, bei dem Präfecten von Vivis bewaffnete Hülfe zu verlangen. Sogleich wurde die Mannschaft aufgeboten, und schon am Morgen des 24ten rückten 4 waadtänder Bataillone mit einer Batterie Artillerie an 2 verschiedenen Punkten in den Kanton Freiburg. Sobald die Freiburger Regierung von dem Aufstande Kenntniß erhalten hatte, ließ sie aus Murten Truppen zu ihrem Schutze kommen, und die liberale Bevölkerung der Stadt errichtete Barrikaden. Ein reitender Bataillon setzte den Vorrückung der Waadtänder entgegen, und dieser ordnete seinen Vize-Präsidenten, Herrn Ochsenbein, ab, um an Ort und Stelle die Sachlage einzusehen. Ein Berner Bataillon ist gestern in den Kanton Freiburg eingerückt, und Herr Ochsenbein hat sich mit Sekretair und Staatsweibel nach Freiburg begeben. Wie man aber hört, ist kein Schuß gefallen. Die Bauern, als sie die Waadtänder sahen, flohen auseinander. (D.-P.-A.-Z.)

Der deutsche Reichsgesandte, Fr. Kaveaux, ist vorgestern nach Köln abgereist.

Frankreich.

Paris, 28. Oktober. Seit Louis Napoleon als Volksvertreter in die Nationalversammlung eingetreten, drückt sein Name wie ein Alp auf die Republikaner von gestern; mit jedem Tage steigt ihre Angst, daß dieser Name aus der Urne als Präsident der Republik hervorgehen könne, und diese Angst allein ist die einzige Richtschnur ihrer Reden und ihres Stimmens bei allen Fragen, die nah oder fern die Präsidentenwahl betreffen. Wohl sind diese Befürchtungen gegründet, aber nichts ist geeigneter, die befürchtete Gefahr unvermeidlich zu machen, als die Art und Weise, wie sie besonders die Coterie des „National“ auf der Tribüne und in ihrem Organ äußert. Während dieser Tage der geistreiche Minister des Innern den Prätendenten lächerlich machte, ging der ehemalige Redakteur in seinem unbändigen Eifer so weit, durch einen formlosen Kampf mit dem Kandidaten auf die Präsidentenschaft diesem die Gelegenheit zu bieten, als solcher von der Tribüne herab förmlich aufzutreten. Nachdem er einmal diese vortheilhafte Stellung eingenommen, war es an der Zeit, die verdeckten Batterien zu öffnen und zwei Organe der Tagespresse, die schon früher durch einleuchtende und schlagende Gründe gewonnen waren, in den Kampf zu führen. „Presse“ und „Evenement“ begannen gestern offen und ent-

schieden für Louis Napoleon als den einzigen Kandidaten, der allen Ansprüchen des Augenblicks und der Zukunft genüge, aufzutreten. Herr Girardin soll dafür die Zusicherung erhalten haben, in einem der drei Departements gewählt zu werden, die Louis Napoleon gewählt haben, und im Ministerium des künftigen Präsidenten mit dem Portefeuille der Finanzen betraut werden. Für die Leitung der Präsidentenwahl zu Gunsten des oft Genannten besteht hier ein Wahl-Komitee aus den Volksvertretern Abatucci, Canti Biellard und den beiden Vertretern des Kandidaten. Dieses Komitee hat in den meisten Departements bereits Verbindungen zu demselben Zwecke. Die Konstitutions-Kommission, welche bereits die Reform der Konstitution begonnen, soll beschloffen haben, einen Zusatzartikel vorzuschlagen, welche alle Abkömmlinge einer Dynastie, die je über Frankreich geherrscht haben, von der Wahl zum Präsidenten ausschließt.

Herr Lamartine erklärt zur Widerlegung verbreiteter Gerüchte, daß er nicht als Kandidat für die Präsidentschaft der Republik aufträte, sondern vielmehr Gott und seine Freunde bitte, ihn vor einer seine Kräfte so weit übersteigenden Bürde zu bewahren. Sollte ihn jedoch, was er nicht entfernt glaube, das Land zu dem Posten berufen, so halte er sich für verpflichtet, denselben anzunehmen. Auch zu der Nationalgarde von Cluny, welche ihn dieser Tage beglückwünschte, sprach Lamartine in demselben Sinne, indem er sich zugleich kräftig gegen alle Versuche erklärte, das Schreckensregiment von 1793 im Jahre 1848 wieder auflieben zu lassen. Die Komitees der Nationalversammlung berietben gestern über den Entwurf der Transportation der Juni-Jungiranten nach Algerien und pflichteten dem Grundsatz desselben allgemein bei, indem sie sich mit der Ansicht der Marine-Kommission, daß es in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit keine passendere Lokalität geben könne, als Algerien, völlig einverstanden erklärten. Auch der Kostenpunkt kam zur Erörterung und es ward mitgetheilt, daß die Transportations-Kosten von Brest nach Algerien für 4000 Bernertheile nur 500,000 Fr. betragen, die Kosten ihrer Transportation nach Madagaskar dagegen 5 Millionen übersteigen würden. — Raspaill hat eine Proklamation an die Wähler des Seine-Departements gerichtet, worin er sie sehr überflüssiger Weise bittet, eine Belagerung des Forts von Vincennes nicht zu versuchen. (Köln. Ztg.)

Städtisches.

Außerordentliche öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Freitag den 2ten November, Nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Aula des Gymnasiums. Zunächst die in der Dienstsitzung wegen Mangel an Zeit unerledigt gebliebenen Sachen; demnach unter anderen: 1) Anträge mehrerer hiesiger Einwohner a) wegen Ermäßigung der Leichengeldern, b) wegen einer von den städtischen Behörden an die National-Versammlung in Berlin zu richtende Petition um Ansetzung von wöchentlich 4 Tagen zur Berathung der Verfassung; 2) Revisionsprotokolle der Rechnungsabnahme-Kommission über die Feuer-Kassen, Polizei-Verwaltungs-Kassen und Gertrud-Schul-Kassen-Rechnung pro 1847.

Hessenland.

Vorlesungen des Dr. Prutz.

Mehrfachen Aufforderungen zufolge beabsichtigt der Unterzeichnete, anknüpfend an die von ihm im März d. J. hieselbst gehaltenen Vorträge, eine Reihe geschichtlicher Vorlesungen zu halten über die gegenwärtige Lage Deutschlands, insbesondere Preussens; zur Verständigung der Parteien, zu denen er das theilnehmende Publikum seiner Vaterstadt, Männer und Frauen, hierdurch einladet. Die Vorlesungen werden Mittwochs und Sonnabends, von 7—8, in der gütigst bewilligten Aula des Gymnasiums statt finden, die erste nächsten Sonnabend den 4. Nov. — Karten à 5 Sgr. sind in der L. Saunier'schen Buchhandlung, so wie Abends am Eingange des Saales zu haben. Stettin, den 31sten Oktober 1848.

Robert Prutz

Die polytechnische Gesellschaft versammelt sich Freitag Abend 7 Uhr Rospmarkt No. 720, parterre.

Offizielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Albrecht Friedrich Wilhelm Gutfnecht und dessen Verlobte, Agnes Wilhelmine Troschel, haben mittels Vertrages vom 25ten September 1848 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbs ausgeschlossen. Stettin, den 10ten Oktober 1848. Königlich Land- und Stadtgericht.

Entbindungen.

Heute Mittag halb 1 Uhr wurde meine liebe Frau von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden. Stettin, den 31sten Oktober 1848. Julius Rohleder.

Todesfälle.

Der am 30ten Oktober erfolgte Tod unserer einzig geliebten Tochter Elise, in einem Alter von 6 Jahren und 4 Monaten, zeigen wir Freunden und Verwandten, um stille Theilnahme bittend, hiermit an. Wollin, den 1sten November 1848. S. Kävell nebst Frau.

Auktionen.

Auktion am 3ten November c., Vormittags 9 Uhr, Pelzerstraße No. 660, über Uhren, Silber, Kleidungsstücke, Leinwand, Betten, gute Möbeln aller Art, Haus- und Küchengerath, und eine große Laden-Marktlasse.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Bestes Straßunder Brau- und Brenn-Malz billigt bei Carl August Schölze. Kräftiges polnisches Nichten Klobenholz, auf dem Rathshofhofs, verkaufe ich zu billigen Preisen. Franz Trendelenburg.

Vermietungen.

Reischlägerstraße No. 128 ist die bel Etage mit Möbeln, für zwei auch einen Herrn, billig zu vermieten. Stettin, den 1sten November 1848.

Grangießerstraße No. 424 ist die bel Etage zum 1sten Dezember, so wie auch zum Januar 1849, zu vermieten.

Ein freundliches Zimmer mit Möbeln, 1 Treppe hoch, vorne heraus, ist an einen soliden Miether vom 1sten November c. ab zu vermieten große Domstraße No. 676.

Breitstraße No. 357 ist eine Stube mit Zubehör zum 1sten November d. J. zu vermieten.

Paradeplatz No. 529 ist die dritte Etage sogleich oder zum 1sten Januar zu vermieten.

Paradeplatz No. 528, 1 Treppe hoch, ist eine Stube mit Möbeln zum 1sten November an einen ruhigen Miether zu vermieten.

Eine freundlich möblirte Stube und Kammer ist Rospmarktstraße No. 694 zu vermieten.

Eine Parterrestube zu vermieten K. Domstraße No. 686 beim Rospmarkt.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein ordentliches Mädchen, wo möglich von außerhalb, findet in einer hiesigen Restauration als Schank-Demoiselle ein Unterkommen. Das Nähere in der Zeitungs-Expedition.

Ein junger Mann, von solidem Charakter und mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, kann in unser Eisengeschäft als Lehrling eintreten. Hierauf Reflectirende belieben sich persönlich oder schriftlich an uns zu wenden. G. E. Meißner's Söhne.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin.

Wir wiederholen hierdurch die Empfehlung unserer Gesellschaft zu Feuer-Assurancen, versichern, daß wir durch unsern Fond und die billigen, feiner soliden Societät nachstehenden Prämien jede Gewähr leisten, und machen zugleich bekannt, daß in der Provinz Pommern und der Nachbarschaft bis jetzt die Agenturen unseres Gesellschafts den Herren

- C. W. von Stade in Anklam,
- Salomon Ascher in Cammin,
- Aug. Brunner in Demmin,
- Kammerer Gängel in Pasewalk,
- Marcus Abel in Stargard,
- Meßler & Wintner in Swinemünde,
- Gebrüder Henning in Treptow a. N.,
- C. S. Overbeck in Uckermark,
- C. F. Hachbath in Colberg,
- P. J. Keyser in Cöslin,
- Commerzienrath Grunau in Stosß,
- L. Wegener in Stralsund,
- Wm. Pütter in Greifswald,
- Stadtverordneten-Vorsteher Fried. Wundermann in Garz a. D. und
- S. A. Krauthelm in Prenzlau,

übertragen wurden, bei welchen, so wie in unserm Bureau, große Domstraße No. 8, Antrags-Formulare und jede Auskunft zu erhalten sind. Stettin, im November 1848.

Die Direction der Preussischen National-Versicherungs-Gesellschaft. Lemonius. Roehmer.

